

Betreff: Für die Heldinnen der Krise



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Dringlicher Antrag
an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 14. März 2021

Seit mehr als einem Jahr hat die Corona Krise unser Leben und unser System ganz und gar im Griff. Und wie in vielen vergangenen Krisen waren und sind es die Frauen*, die in systemrelevanten Berufen, sowie im Privatbereich die Herausforderungen dieser Krise meistern und das System am Laufen halten. Anfänglich wenigstens unter Applaus, doch nach einem Jahr mittlerweile ohne Wertschätzung oder monetärer Abgeltung.

Durch die andauernde Pandemie sind Ungleichheiten in unserem Wirtschafts- und Sozialsystem sichtbarer denn je. Und dabei wird völlig klar: Systemrelevante und unbezahlte Arbeit ist größtenteils weiblich, die krisenbedingt angestiegene Arbeitslosigkeit ist es mehrheitlich auch. Die Statistiken zeigten im ersten Lockdown ein drastisches Bild: rund 55.000 Frauen verloren ihren Job, im Vergleich zu 9400 Männern¹. Auch die letzten AMS-Arbeitslosigkeitsberichte² aus dem Februar zeigen leider keine wesentlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosigkeit von Frauen stieg in der Steiermark im Vergleich zum vergangenen Jahr mit 32% fast doppelt so stark wie jene der Männer. Es sind wie so oft die geringfügig beschäftigten Frauen, die (alleinerziehenden) Mütter, die ihren Job verloren haben und weder Arbeitslosengeld noch Kurzarbeit beantragen konnten.

Die Frauen, die nicht ihren Job verloren haben, sehen sich durch die Betreuungspflichten von Kindern oder Angehörigen oft gezwungen ihre Arbeitszeit in der Krise zu reduzieren und werden somit aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Diese Verdrängung haben wir auch vor der Krise vorrangig bei Frauen gesehen und selten bei Männern.

Dabei wäre eine Rückkehr zur „alten Normalität“ vor Ausbruch der Corona-Pandemie ohnehin nur eine Rückkehr zum langexistierenden Prekariat: Für Frauen waren atypische, also schlechtbezahlte, gering bis gar nicht absichernde Arbeitsverhältnisse die Norm. Daraus resultiert Armut und finanzielle Abhängigkeit.

Neben dem beruflichen Alltag sind es Frauen, die den Hauptteil der unbezahlten Arbeit stemmen, auch in Lockdown- und Home Office-Zeiten. Darunter fallen Kinderbetreuung, Hausarbeit, Ernährung, sowie andere tägliche Reproduktionsarbeiten.

Doch seit dem Ausbruch der Pandemie ist diese Doppel- und Mehrfachbelastung noch größer: Durch die wirtschaftlichen Folgen, Existenzängste, Home Schooling & Home Office-Herausforderungen, die alltägliche Reproduktionsarbeit stehen Frauen* unter enormer physischer und psychischer Belastung in der momentanen Situation.

¹ <https://kurier.at/wirtschaft/85-prozent-der-corona-arbeitslosen-sind-frauen/400980680>

² AMS Bericht Februar 2021

Darum ist es umso wichtiger, an den Systemen zu rütteln, welche diese Verhältnisse so einzementiert haben. Die aktuelle Situation ist nicht einfach so passiert, sie wurde politisch zugelassen und ermöglicht. Darum müssen es auch unsere politischen Antworten sein, welche die Heldinnen dieser Krise nicht vergisst und uns eine positive, gleichberechtigte und gerechte Zukunft verschafft.

Zentral in diesen Antworten muss die Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich sein. Denn nur das Neudenken von Zeit, Geld und Arbeit wird uns helfen viele dieser wirtschaftlichen Unterdrückungsmechanismen aufzubrechen. Durch eine 30-Stunden-Woche würden wir Arbeitsplätze schaffen, Produktivität und Gesundheit steigern und auch wirtschaftlich einen Vorteil herausholen.

Außerdem braucht es Lohngerechtigkeit nach Isländischem Vorbild. In Island ist es nicht die Verantwortung der Arbeitnehmerin, sicher zu gehen, dass sie gerecht entlohnt wird, sondern die des Arbeitgebers. Kann dieser die gerechte und gleiche Bezahlung seiner Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nachweisen, sind Strafen fällig. Nach Jahrzehnten des nicht zu rechtfertigenden Gender-Pay-Gaps haben Frauen* diesen Schritt zu mehr Gerechtigkeit verdient.

Und es braucht eine sofortige Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 80% für die Vielen, die durch diese Krise völlig unverschuldet in die Arbeitslosigkeit gedrängten wurden.

Es ist an der Zeit, dass die öffentliche Hand eingreift, um versäumte Reformen und Erleichterungen für Frauen* nachzuholen. Denn wer mitdenkt weiß, dass Verbesserungen für Frauen* Verbesserungen in der Lebensqualität für alle bedeuten.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

- 1) Der Gemeinderat möge auf dem Petitionswege an den Bundesgesetzgeber herantreten, um die Umsetzung einer Reduktion der Normalarbeitszeit auf 30 Wochenstunden, ein Lohngerechtigkeitsgesetz nach Isländischem Vorbild analog zum Motivenbericht, wie auch die Erhöhung der Nettoersatzrate auf 80% zu prüfen.
- 2) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, in wieweit auch eine Reduktion der Normalarbeitszeit in der Stadt Graz möglich ist.